Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag! Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1,80 Mk., in den Ausgabestellen der Landbezirke 1,90 Mk., bei Zustellung im Stadtgebiet 1,95 Mk., bei Zustellung im Landgebiet 2,00 Mk.
Wochenlohn 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 2120. Girokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegrammadr.: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 41 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 60 Goldpfennig, für die 73 mm breite Zeile im Nebenteilteile 40 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierigen Satz und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalldruck Ermäßigung nach festgesetzter Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Th. Baare, zurzeit in Frankenberg.

№ 148 — Dienstag den 28. Juni 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Der Reichskohlenrat hat die Anträge auf Preiserhöhung für Steinkohlen abgelehnt.

Das Reichskabinett hat sich gestern in einer vertraulichen Besprechung mit dem Entwurf des Reichsschulgesetzes beschäftigt.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist in Oslo eingetroffen.

Bei einem schweren Explosionsunglück auf einem Motorboot in Danzig wurden zwei Personen getötet und vier weitere Personen, darunter der Kapitän des Schiffes, schwer verletzt.

Im Prager Abgeordnetenhaus haben sich bei der Beratung der Verwaltungsreform gestern große Lärmszenen abgespielt.

Der französische Royalistenführer, Leon Daudet, ist nach der Schweiz geflüchtet.

Die polnische Antwort auf die zweite russische Note ist fertiggestellt worden. Die Warschauer Presse spricht von der bevorstehenden endgültigen Beilegung des russisch-polnischen Konfliktes.

Der Mißerfolg der polnischen Amerikaanleihe hat in Warschau eine Börsenpanik hervorgerufen.

Die Ozeanflieger Chamberlin und Levine sind gestern in Warschau eingetroffen.

Poincaré hat in der Finanzkommission der Kammer den Haushaltvoranschlag für 1928 eingebracht.

Auf den Vorsitzenden des russischen Kriegstribunals, Orlow, ist ein Attentat verübt worden.

In Rußland sind mehrere neue Todesurteile gefällt worden.

Tschiangkaischek und Feng haben den Vormarsch gegen Schantung eröffnet.

Innerpolitische Sorgen des Kabinetts

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 28. Juni.

Das Reichskabinett steht vor wichtigen innerpolitischen Entscheidungen. Sofort nach der Rückkehr des Reichsaußenministers Dr. Stresemann von Oslo will man sich im Kabinett über die Frage des Reichsschulgesetzes schlüssig werden. In parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß trotz dem wiederholten Verlangen des Zentrums sich eine Verabschiedung des Reichsschulgesetzes noch vor den Sommerferien des Reichstages kaum ermöglichen lassen wird. Aus diesem Grunde ist man in Zentrumskreisen bestrebt, den Reichstag zu einem früheren als dem vorgesehenen Termin einzuberufen. Man spricht von einer Septembertagung des Reichstages, der sich dann lediglich mit dem Reichsschulgesetz beschäftigen soll. Bei den anderen Regierungsparteien stößt dieser Vorschlag allerdings auf wenig Gegenliebe, und, wie man hört, wird sich eine Vertagung der Beratung des Reichsschulgesetzes bis zum Beginn der eigentlichen Herbstsession des Reichstages wohl kaum vermeiden lassen.

Was die Zollfrage betrifft, so ist auf Grund von Verhandlungen zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten der Führer der Regierungsparteien eine Einigung erzielt worden, und zwar dahingehend, daß die Deutschnationalen weitergehende Zollforderungen zurückgestellt haben. Die Zollvorlage will man auf jeden Fall Ende, spätestens aber Anfang der kommenden Woche dem Reichstag zur Beratung überweisen. Der Reichsrat wird sich schon am Donnerstag dieser Woche mit der Vorlage beschäftigen. Es ist sicher, daß im Reichsrat einige Abänderungsvorschläge gemacht werden, die dann Ende dieser Woche Gegenstand von Besprechungen des Reichskanzlers mit den Regierungsparteien bilden werden. Auf jeden Fall wird die neue Zollvorlage eine Regelung bis zum Jahre 1929 treffen.

Das Kabinett wird sich jetzt auch über die Frage der Verlängerung des Sperrgesetzes schlüssig werden. Wie wir erfahren, wird dieses wahrscheinlich nicht verlängert werden. Es heißt, daß die Generalbevollmächtigten der Fürstenhäuser sich dem Reichsinnenministerium gegenüber verpflichtet haben, bis zum 31. Dezember keine gerichtlichen Entscheidungen herbeizuführen. Das gilt also für die Auseinandersetzung der Regierungen von Thüringen und Mecklenburg mit den früheren Fürstenhäusern. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei wollen den Deutschnationalen in dieser Frage entgegenkommen, und aus diesem Grunde wird die Verlängerung des Sperrgesetzes nicht zur Tatsache werden. Ueber die Regelung der Auseinandersetzung mit den Standesherren ist bisher noch keine Entscheidung getroffen.

Neben diesen gesetzgeberischen Arbeiten beschäftigt man sich im Kabinett auch mit parteipolitischen Fragen. In den Blättern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei hat die Haltung deutschnationaler Presseorgane in der Provinz neuerdings wieder zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben. Namentlich in außenpolitischer Beziehung würde, nachdem das Kabinett und der Reichstag die jüngste Rede Dr. Stresemanns vollauf gebilligt haben, in einigen deutschnationalen Blättern trotzdem gegen den Reichsaußenminister schärfste Kritik geübt, und die gegen ihn gerichteten Ausfälle seien derart scharf, daß sie dem Koalitionsgedanken im Reiche, das heißt, der derzeitigen Zusammenarbeit des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen im Reichskabinett glatt widersprachen. In politischen Kreisen will man wissen, daß aus diesem Grunde Besprechungen von Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei mit den maßgebenden deutschnationalen Parlamentariern stattgefunden hätten, mit dem Ziel, die deutschnationale Parteileitung zu veranlassen, auf einige „renitente" deutschnationale Presseorgane mäßigend einzuwirken. Wie stark der Unwille gegen einige deutschnationale Kreise ist, geht aus dem Herrn Dr. Stresemann nahestehenden Organ, der „Täglichen Rundschau" hervor, die in nicht mißzuverstehender Weise erklärt, wenn den Deutschnationalen an dem Bestande der Koalition gelegen sei, so würden sie darauf sehen müssen, daß nicht nur ihre Reichstagsfraktion vernünftige und den Grundsätzen der Koalition entsprechende Politik mache, sondern auch ihre Presse und ihre Agitation im Lande. Mit einer Politik, die draußen im Lande negiere und im Reichstage zustimme, könne eine Koalition auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden.

Wie übrigens verlautet, wird diese Angelegenheit noch Gegenstand einer Kabinettsbesprechung bilden. Nach unseren Informationen hat aber die Leitung der Deutschnationalen Partei bereits zu erkennen gegeben, sich, soweit das möglich ist, dafür einzusetzen, daß Polemiken, die der Zusammenarbeit der Regierungsparteien im Reiche widersprächen, entschieden entgegenzutreten sei.

Dr. Stresemann in Oslo

Oslo, 27. 6. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute mittag in Oslo eingetroffen und feierlich empfangen worden. Am Bahnhof hatten sich zur Begrüßung eingefunden: der norwegische Staats- und Außenminister Ivar Lyche und Gemahlin, der Generalsekretär im norwegischen Außenministerium Esmarch, der Oberbürgermeister von Oslo Mith, Bürgermeister Höe, der Vorsitzende des Nobelkomitees Professor Frederik Stang, der Generalsekretär des Komitees Moe, der deutsche Gesandte Rhomberg und die übrigen Mitglieder der deutschen Gesandtschaft sowie Vertreter der deutschen Vereinigungen in Oslo. Dr. Stresemann begab sich im offenen Auto, vom Publikum lebhaft begrüßt, zum Grand Hotel, wo er mit seiner Gemahlin und seiner Umgebung Wohnung genommen hat. Zu Ehren des Reichsaußenministers fand später in der deutschen Gesandtschaft ein Frühstück statt. Ein Autoausflug in die Umgebung von Oslo schloß sich an. Die norwegische Presse bringt ehrende Begrüßungsartikel, die „Tidens Tegn" sogar in deutscher Sprache. Eine Anzahl Journalisten war dem Außenminister bis an die norwegisch-schwedische Grenze entgegengefahren. Sie wurden von ihm im Salonwagen empfangen.

Wieder ein Attentat in Moskau

Anschlag auf den Vorsitzenden des russischen Kriegstribunals

Riga, 27. 6. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist am Sonnabend während einer Sitzung des Kriegstribunals ein Attentat auf dessen Vorsitzenden, Orlow, verübt worden. Orlow ist durch Revolverschüsse schwer verwundet worden.

Ueber das Attentat werden folgende Einzelheiten bekannt: Einem jungen Mann war es gelungen, sich mit Hilfe eines Ausweises einer kommunistischen Organisation in den Sitzungssaal des Tribunals einzuschleichen und der Verhandlung gegen vier frühere Offiziere beizuwohnen. In dem Augenblick, als Orlow das Urteil verkündete, schoß der Unbekannte auf den Vorsitzenden und warf gleichzeitig eine Stinkbombe. Seine Flucht wurde durch Beamte der G. P. U. verhindert. Er wurde sofort verhaftet. Der Attentäter weigert sich, seine Personalien anzugeben.

•

Neue Todesurteile in Rußland

Das Todesurteil gegen Baturin bestätigt.

Riga, 27. 6. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das oberste Kriegstribunal das Todesurteil gegen den früheren Oberst Baturin, der sich in Moskau als Vertreter des Großfürsten Nikolajewitsch ausgegeben hatte, bestätigt. Das Urteil soll heute nacht oder morgen früh vollstreckt werden. Im Zusammenhang hiermit sind neue Verhaftungen in den Kreisen des altrussischen Adels vorgenommen worden.

Wie weiter gemeldet wird, sind in den letzten Tagen der vorigen Woche mehrere neue Todesurteile vollstreckt worden. In Eriwan wurden drei Offiziere wegen Veruntreuung von Militärgeldern zum Tode verurteilt. In Saratow und in Weißruhland wurden sechs Banditen gleichfalls zum Tode verurteilt.

Die polnische Antwort auf die zweite russische Note fertiggestellt

Warschau, 27. 6. Wie verlautet, hat das polnische Außenministerium die Antwort auf die zweite russische Note fertiggestellt und sie dem Ministerrat zwecks Bestätigung zugehen lassen. Die Note, die korrekt und ruhig abgefaßt ist, soll die Einleitung einer Untersuchung versprechen, und gleichzeitig mitteilen, daß die polnische Regierung bereit sei, jede gegen die Sowjetunion gerichtete Aktion auf polnischem Boden sofort zu unterdrücken. Die polnische Regierung werde überhaupt keine Organisationen auf polnischem Gebiete dulden, deren Tätigkeit auch nur den Verdacht aufkommen lassen könne, daß sie gegen die Sowjetunion gerichtet seien. Dagegen könne die polnische Regierung im Hinblick auf die internationalen Gebräuche den russischen Emigranten, die sich politisch nicht betätigen, den Aufenthalt in Polen und ihren Schutz nicht versagen.

Die Bedeutung des Vorgehens gegen Trotzki und Sinowjew

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 28. Juni

Der Beschluß des Moskauer obersten Disziplinargerichtshofes, der Zentralkommission, gegen die Führer der Opposition Trotzki und Sinowjew ein Disziplinarverfahren einzuleiten, kommt den Berliner politischen Kreisen durchaus überraschend. Man will wissen, daß dieser Beschluß auf Vorstellungen des russischen Volkskommissars für Auswärtiges zurückzuführen ist, der soeben nach Moskau zurückgekehrt ist. In Berlin hat man Herrn Tschitscherin keinen Zweifel darüber gelassen, daß die kommunistische Agitationstätigkeit im Auslande, die ja von den Moskauer radikalen Elementen geschürt wird, großen Unwillen nicht nur bei der Reichsregierung, sondern auch in anderen europäischen Ländern erregt. Diese Angelegenheit ist in Genf auf der Sechsmächtekonferenz eingehend besprochen worden. Allem Anschein nach sind die dem russischen Volkskommissar für Auswärtiges und dem russischen Botschafter Krestinski vor mehreren Tagen vom Auswärtigen Amt gegebenen Warnungen nicht ohne Einfluß geblieben und scheinen sich nunmehr in durchgreifenden Maßnahmen gegen die Moskauer oppositionelle Organisation auszuwirken.

Poincaré begründet den Haushaltsvoranschlag für 1928

Paris, 27. 6. Poincaré begründete heute in der Finanzkommission der Kammer den Haushaltvoranschlag für 1928, der Ausgaben in Höhe von rund 42100 Millionen Franken und Einnahmen in Höhe von rund 41527 Millionen Franken vorsieht. Im Vergleich zu 1927 enthält das neue Budget Mehrausgaben von rund zwei Milliarden Franken. Poincaré schloß sein Exposé mit dem Hinweis darauf, daß die finanzielle Wiederaufrichtung Frankreichs Ausdauer und guten Willen erfordere.

Dr. Posses überraschende Berliner Reise

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, den 28. Juni 1927.

Der Führer der deutschen Handelsvertragsdelegation in Paris, Ministerialdirektor Dr. Posse, ist am Montag überraschenderweise in Berlin eingetroffen. Wie wir hören, hängt seine Reise mit der Frage der Weiterführung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen über den 30. Juni, dem Termin des Ablaufs des Handelsprovisoriums, zusammen. Dr. Posse hat dem Reichskabinett neue Vorschläge des französischen Handelsministers Bolanowski unterbreitet. Wie es heißt, soll Aussicht bestehen, daß am 30. Juni ablaufende Handelsprovisorium auf eine kurze Frist zu verlängern, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil die französische Regierung sich zu gewissen Zugeständnissen bereit erklärt habe. (??).

•

Wie es heißt, werden die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen in nicht zu ferner Zeit wieder in Gang kommen. Der bisherige rumänische Gesandte in London, Titulescu, soll während der letzten Völkerbundstagung in Genf Besprechungen mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann gehabt haben, mit dem Ziele, eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen zu erreichen. Titulescu hat bekanntlich das Amt des Ministers des Minister des Aeußern im neuen Kabinett Bratianu übernommen.

Die Anträge auf Kohlenpreiserhöhung vor dem Reichskohlenrat

Berlin, 27. 6. TU. In der heutigen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden die Preiserhöhungsanträge für Steinkohlen abgelehnt. Angenommen wurde ein eingeschränkter Antrag des Ruhrkohlensyndikates, der dahin geht, nur Magerkoks- und Gasflammkohlenzechen einen Preiszuschlag von 7,5 v. H. zu gewähren. Der angenommene Antrag wurde vom Vertreter des Reichswirtschaftsministers beanstandet. Die Preiserhöhungsanträge des oberschlesischen, niederschlesischen und sächsischen Steinkohlensyndikates wurden einem Unterausschuß zur Prüfung überwiesen.

Deutschland schuldlos

Neuyork, 27. Juni

Der demokratische frühere Senator Robert Owen (Oklahoma) veröffentlicht seine Studien über die Kriegsdokumente. Owen kommt zu dem Schluß, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt habe, der ihm aufgezwungen worden sei von den russischen Imperialisten, dem Großfürsten Nikolaus, Iswolski, Sasonow und Genossen. Das deutsche Volk und die alliierten Völker seien gleicher Weise die unglücklichen Opfer der Verschwörung des russischen Imperialismus geworden.

Börsenpanik in Warschau

Warschau, 27. 6. TU. Die Börsenpanik infolge des Durchfalles der Amerikaanleihe hat heute ihren Höhepunkt erreicht. Die Aktien der Bank Polski, die noch vor einigen Tagen mit 160 gehandelt wurden, wurden heute ohne Interesse zu erwecken mit 126 Zloty angeboten. Die Regierung ist bemüht, den peinlichen Eindruck dadurch abzuschwächen, daß sie heute eine halbamtliche Mitteilung herausgibt, in der es heißt, daß die Anleihe nicht verweigert, sondern nur verschoben worden sei und zwar bis zum November.

Das Geheimsignalbuch von S. M. S. „Magdeburg"

Vor dem Landgericht in Göttingen beginnt in nächster Zeit die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den Kapitän zur See a. D. Habenicht von S. M. S. „Magdeburg", dem vorgeworfen wurde, das Geheimsignalbuch der deutschen Kriegsflotte bei der Sprengung seines Schiffes nicht vernichtet und nur fahrlässig über Bord geworfen zu haben. Als Zeuge vor Gericht soll, wie es heißt, auch der Großadmiral v. Tirpitz vernommen werden. Wie verlautet, hat Kapitän a. D. Habenicht angegeben, sämtliche amtliche Papiere verbrannt zu haben, bevor die „Magdeburg" von ihm in die Luft gesprengt wurde, um der feindlichen Uebermacht nicht in die Hände zu fallen. Im Gegensatz hierzu steht aber die amtliche Darstellung des deutschen Generalstabes, in der es heißt, daß die geheimen deutschen Chiffriermittel nach zuverlässigen Mitteilungen aus Rußland durch Anschwemmung und Auffindung an der Küste in russische Hände gefallen seien, und daß Rußland sie sofort seinen Verbündeten zugänglich gemacht habe.

SLUB
Wir führen Wissen.